Landtagswahl in Niedersachsen

20. Januar 2013

Auch Ihre Stimme zählt!

Forderungen der GEW an die Landespolitik in Niedersachsen

Die GEW fordert einen Politikwechsel in Niedersachsen, der endlich die finanzielle Ausstattung in allen Bildungsbereichen wirklich ausreichend und dauerhaft gewährleistet, die Arbeitsbedingungen verbessert und damit die pädagogische Leistungsfähigkeit aller Bildungseinrichtungen erhöht.

Es wird zukünftig eine Bildungspolitik erwartet, die gleiche Bildungschancen für alle schafft und von einer hochwertigen kostenlosen Kinderbetreuung über ein Studium ohne Studiengebühren bis hin zu einer verbesserten Erwachsenenbildung reicht.

Auch bei zurückgehenden Zahlen von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen dürfen die Etats für frühkindliche Bildung, Schulen und Hochschulen sowie für Fort- und Weiterbildung, Erwachsenenbildung und politische Bildung nicht gekürzt werden, sondern frei werdende Ressourcen müssen für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Beschäftigten und der Lernbedingungen genutzt werden.

Zum Ausbau des Ganztagsangebots, für die neue Aufgabe der Inklusion und auch für den Ausgleich des Lehrerarbeitszeitkontos müssen erhebliche zusätzliche Mittel in den Kultusetat eingestellt werden.

SCHULE:
Die **Grundschule** muss sich zur inklusiven Ganztagsgrundschule weiter entwickeln. Diese Schule erfordert ein gebundenes pädagogisches Konzept für alle Kinder und die Einbindung erweiterter Bildungsangebote, individueller Fördermaßnahmen und des übenden Lernens.

Benötigt werden die entsprechenden Ressourcen wie multiprofessionelle Teams aus Grundschullehrkräften, SonderpädagoglInnen, sozialpädagogischen Fachkräften sowie Therapeutinnen und Pädagogischen Mitarbeiterinnen. Benötigt werden Klassen- und Gruppenräume für Arbeit, Spiel, Freizeit und Bewegung, Küche und Mensa und ausschließlich pädagogisch ausgebildetes Personal in sicheren Arbeitsverhältnissen. Schulsozialarbeit ist an jeder Schule zu installieren.

Pädagogische Mitarbeiter/innen an Grundschulen und an Nachmittagsangeboten erhalten die Möglichkeit zu einer berufsbegleitenden Nachqualifizierung zur/m Erzieher/in.

Eine adäquate Personalausstattung sowie die Absenkung der Klassenobergrenze im Primarbereich auf maximal 24 Kinder haben für die GEW Priorität und sind unabdingbar. Die Grundschule muss sich zur inklusiven Ganztagsgrundschule weiter entwickeln.

Für die **Sekundarbereiche** der allgemein bildenden Schulen fordert die GEW, das örtliche Schulangebot zu verbessern, Gesamtschulen ohne Wenn und Aber zuzulassen und die geltenden KMK-Vereinbarungen zur Sekundarstufe II und zum Abitur so zu verändern, dass grundsätzlich ein Abitur "auf der Höhe der Zeit" ermöglicht wird. Eine qualitativ hochwertige und in der Elternschaft akzeptierte Schule in der Sekundarstufe I integriert alle Bildungsgänge, auch den gymnasialen Bildungsgang. Sie hält damit den Weg zum Abitur offen und kann somit eine Alternative auch zum Gymnasium darstellen. Die GEW tritt für das Recht jedes Kindes und Jugendlichen ein, eine Gesamtschule zu besuchen.

Verbesserung der Lern- und Arbeitsbedingungen:

Die Belastungen im Schulbereich müssen durch eine mittelfristige Senkung der Unterrichtsverpflichtung verringert werden. Die zurückgehenden Schülerzahlen müssen genutzt werden, um beginnend im Primarbereich die Unterrichtsverpflichtung sukzessive abzusenken.

Inklusion: Die allgemeine Schule muss zum Bildungs- und Lebensort aller Kinder werden. Die GEW lehnt ein Parallel-

system von inklusiver Regelpädagogik und gleichzeitigem Fortbestand der Förderschulen ab. Die Gesamtverantwortung für alle Kinder liegt bei der allgemeinen Schule. Inklusion muss als gemeinsamer Schulentwicklungsauftrag verstanden werden. Die GEW erwartet, dass dieser Prozess wissenschaftlich begleitet wird.

HOCHSCHULE:
Die GEW Niedersachsen fordert die sofortige Abschaffung der Studiengebühren und einen nachhaltigen und bedarfsgerechten Ausbau der Hochschulen. Im Hochschulbereich sind Qualifizierungsstellen für den wissenschaftlichen Nachwuchs als feste Stellen einzurichten. Darüber hinaus sind Mittel zur Verfügung zu stellen, um die prekären Arbeitsverhältnisse an den Hochschulen zu beenden. Die Qualität von Studium, Lehre und Forschung und eine aufgabengerechte Finanzierung und Ausgestaltung von Forschung, Lehre und Studium müssen weiter entwickelt werden. Die GEW Niedersachsen fordert, dass die Übergänge zwischen BA und MA uneingeschränkt möglich sind. Dieses ist besonders vor den Änderungen in der Lehrerbildung unabdingbar. Die Lehrerbildung muss neu gestaltet werden. Die GEW fordert Studiengänge mit einem gesicherten Theorie-Praxis-Bezug für alle. Die GEW tritt dafür ein, dass die Bereiche des Kultus- und des Wissenschaftsministeriums wieder in einer Hand geführt werden. Die GEW fordert gleichlange Studiengänge für alle künftigen Lehrerinnen mit einem systematischen Theorie-Praxis-Bezug.

KINDERTAGESSTÄTTEN:
Kindertagesstätten sind Bildungseinrichtungen und müssen flächendeckend als Ganztagseinrichtungen allen Kindern kostenlos zur Verfügung stehen.

Die GEW fordert den schnellen Ausbau inklusiver Krippenplätze und die Weiterentwicklung der Grundschule zur inklusiven Ganztagsgrundschule.

Es sind die Voraussetzungen für inklusive Bildung von Anfang an zu schaffen und der Ausbau von inklusiven Krippenplätzen in den Kindertagesstätten zügig voranzutreiben. Die GEW fordert für den Elementarbereich die schnelle Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Krippenplatz, die Verbesserung der Fachkraft-Kind-Relation und kleinere Kindergruppen, mehr Verfügungs- und Leitungsfreistellungszeiten und die Festschreibung und Finanzierung einer flächendeckenden Fachberatung.

BERUFSAUSBILDUNG FÜR DIE ZUKUNFT:
Das Duale System muss weiterentwickelt werden. Die GEW fordert die Einführung einer Ausbildungsumlage zur Schaffung von mehr Gerechtigkeit, von Entlastung für die ausbildenden Betriebe und von mehr Ausbildungsplätzen. Die Berufsausbildung muss in der Fläche gesichert werden. Die Rahmenlehrpläne sind so zu gestalten, dass verwandte Berufe gemeinsam beschult werden können. Eine Reform des für alle Beteiligten wenig zufriedenstellenden Übergangssystems zwischen Schule und Beruf ist überfällig, vorhandene Warteschleifen sind abzubauen, das Recht der Jugendlichen auf eine Berufsausbildung ist zu gewährleisten.

BESSERE BEDINGUNGEN FÜR LEHRKRÄFTE IN DER ERWACHSENEN- UND WEITERBILDUNG
Die GEW fordert bessere Honorare und soziale Absicherung für freiberufliche Lehrkräfte in der Erwachsenen- und Weiterbildung und die Umsetzung des Mindestlohns für die Weiterbildung in Maßnahmen der beruflichen Bildung.

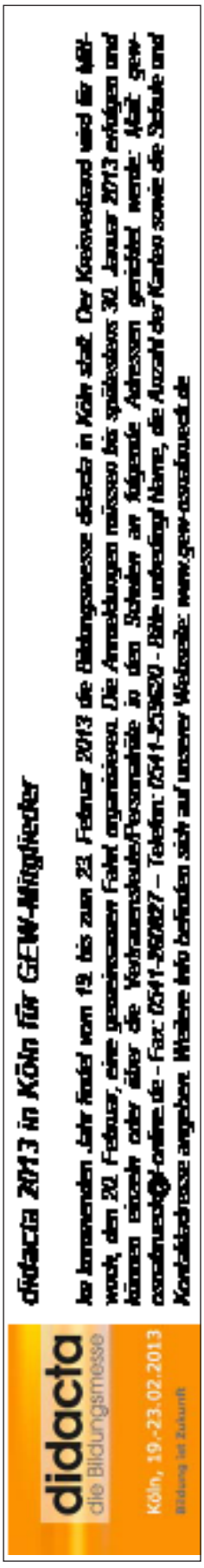
Es darf keine Vergaben an Bildungsträger geben, die den Mindestlohn nicht einhalten. Die öffentlichen Bildungsaufgaben zur Förderung des Lebenslangen Lernens müssen nachhaltig finanziert werden.

BESSERE ARBEITSBEDINGUNGEN, MEHR MITBESTIMMUNG UND EINE ANGEMESSENE BEZAHLUNG:
Insgesamt muss den Tendenzen der Deprofessionalisierung und Prekarisierung im Bildungswesen Einhalt geboten werden. Erforderlich sind solide Personalkonzepte statt Billiglösungen mit schlecht bezahltem Personal. Im Bildungsbereich darf nur pädagogisch qualifiziertes Personal eingesetzt werden.

Die GEW fordert eine Anhebung der bisherigen Vergütung für Erzieherinnen entsprechend der in technischen Berufen. Eine unterschiedliche Eingruppierung für Erst- und Zweitkräfte muss unterbleiben. Erzieherinnen mit Bachelor-Abschluss müssen ihrem Abschluss entsprechend bezahlt werden.

Der ausführlichen Katalog der Forderungen der GEW zur Landtagswahl befindet sich unter:

http: //www.gew-nds.de



http://www.netzwerk-heterogenitaet.de/

Netzwerk
Lehren und Lernen in heterogenen Gruppen